

Herr Dr. Weißlau hat bezüglich Erstellung der Protokolle noch eine Anmerkung. Es wurde in mehreren Ausschüssen bereits angesagt, dass in den Protokollen nur die wesentlichen Sachverhalte niedergeschrieben werden sollen. Sollten Aussagen unbedingt im Protokoll enthalten sein, so ist das vorab anzusagen.

2. Informationen des Bürgermeisters

- letzten Mittwoch war die Staatsanwaltschaft mit 10 Personen in der Gemeinde, unterschiedliche Räume wurden durchsucht, einige Sachen wurden mitgenommen. Es gibt eine Anzeige gegen ihn mit dem Vorwurf unberechtigte Vergaben, Vorteilsnahme usw. getätigt zu haben. Er habe sich nichts vorzuwerfen. Der Staatsanwalt hat öffentlich mitgeteilt, dass ein Anfangsverdacht vorliegt und in alle Richtungen ermittelt wird.
- Kreuzung Hauptstraße, Ecke Motzener Straße ist endausgebaut, gibt augenscheinlich Probleme mit der Ampelanlage, erhebliche Mängel im Straßenbereich, es wurde mit Gussasphalt nachgearbeitet, derzeit laufen Arbeiten im Bereich des Rewe-Marktes parallel zum Getränkemarkt, da beim Gehweg Mulden entstanden sind und sich Pfützen bilden.
- Hofjagdweg: Ist als Straße Unter den Eichen deklariert und gebaut worden. Sie ist damals schon als Hofjagdweg (also als europaweiter Wanderweg) ausgewiesen worden. Es war nie ein Radweg. Dem Landkreis wurde damals das Angebot gemacht, sich an den Kosten zur Erstellung der Straße zu beteiligen. Das ist nicht zum Tragen gekommen, weil es eine EU-Förderung gab für landschaftliche Wege, die noch bis 2024 läuft. Die Gemeinde wird eine Planung vorantreiben, dass Unter den Eichen grundhaft ausgebaut wird, mit Erweiterung von 5,50 Meter Fahrstraße und 2,75 Radweg. Fußweg ist nicht vorgesehen. Derzeit ist man dabei die Flächen zu klären.
- Schule: Info von der Schule, dass ab nächstem Schuljahr Klassenräume fehlen, Planung neuer Klassenräume läuft, übergangsweise Nutzung der Fachräume bis Bauphase abgeschlossen.
- Kita: es gab eine Begehung, Frau Schmale hat Lösung abgelehnt, Vorschlag MGH ebenfalls zurückgewiesen, Klage läuft nach wie vor, zeitnah werde man an der Grenze der Kapazität ankommen, bemühen sich, in der Waldstraße schnellstmöglich voranzukommen, Gespräche wegen übergangsweise Aufstellung von Containern sind vereinbart, weiter wurden Gespräche mit IRISGERD geführt, welche weiterhin Unterstützung mit einer Platzkapazität von 50-70 Kindern plant.
- Antrag Arzt: im Ort praktizierender Arzt möchte vom Bürgermeister die Garantie, dass im nächsten Jahr bei seinem Zuzug nach Pätz Kita-Plätze für seine 3 Kinder zur Verfügung stehen. Er habe die Anfrage an die Vorsitzende Frau Rubenbauer gestellt mit der Bitte, diese mit den Fraktionsvorsitzenden zu besprechen. Frau Rubenbauer hat geantwortet, dass dies Aufgabe der Verwaltung sei, was er dankend angenommen hat. Als Verwaltung kann er jedoch niemanden bevorzugen. Es gab schon mal eine ähnliche Situation mit einem Pfarrer in Gräbendorf, wo auch die Fraktionsvorsitzenden dazu befragt wurden.

Herr Dr. Weißlau hätte eine kurze Information an die Gemeindevertreter über die Durchsuchung und Anzeige der Staatsanwaltschaft (im Sinne der Transparenz und der guten Kommunikation untereinander) gewünscht.

Die Presse ist auf die Fraktionen zugegangen und hat um Stellungnahmen gebeten und diese haben nichts davon gewusst.

Außerdem ist er der Meinung, dass man als Gemeinde für die medizinische Versorgung der Bürger zuständig ist. Er ist dafür, wenn die Verwaltung Personen nicht bevorzugen kann, dann muss eine Entscheidung in der Gemeindevertretung erfolgen. Für ihn hat ein Arzt eine höhere Bedeutung. Frau Rubenbauer ergänzt, dass sie diesen Punkt heute in TOP 6 noch einmal ansprechen möchte.

Herr Eberlein hatte am Freitag Kontakt zur Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg. Es ging um den Sachstand zum Antrag Kinderarzt in Bestensee, der letztes Jahr von der WIR!-Fraktion gestellt wurde. Laut Beschluss wurden 20.000 Euro in den Haushalt eingestellt. Es gibt eine Ausschreibung der Kassenärztlichen Vereinigung, jedoch mehr nicht. Der letzte Kontakt zwischen der Gemeinde und der Kassenärztlichen Vereinigung war am 13.02.2020. Seitdem ist nichts passiert. Die Gemeindeverwaltung sollte aktiv werden, z.B. Ausschreibung an Ärztekammer Berlin, Willkommenskultur schaffen (z.B. Subvention Praxismaterial etc.). Man müsse aber mit der Kassenärztlichen Vereinigung zusammenarbeiten und Ärzte akquirieren wollen.

Herr Quasdorf antwortet, grundsätzlich ist die Kassenärztliche Vereinigung dafür zuständig. Wenn wir mit der Kassenärztlichen Vereinigung zusammenarbeiten können, dann tun wir das sehr gerne, wie auch schon in anderen Bereichen (z.B. Allgemeinmediziner in Pätz).

Herr Eberlein fragt, wann wird die Ausschreibung denn nun getätigt?

Herr Dr. Weißlau sagt, dass der betroffene Arzt, um den es geht, bereits hier als angestellter Arzt tätig ist, derzeit in Berlin wohnt, 3 Kinder hat und im nächsten Jahr nach Pätz zieht und dann längerfristig als praktizierender Arzt für die Gemeinde tätig sein wird. Er könnte in der Übergangsphase auch Kinder behandeln. Er habe auch gelesen, dass eine halbe Stelle als Kinderarzt ausgeschrieben wurde. Er glaubt nicht, dass ein Kinderarzt hier im Ort mit einer halben Stelle finanziell zufrieden ist.

Herr Gutzeit sagt, er habe gehört, dass es am Mittwoch bei der Durchsuchung einen Notarzteinsatz gab. Er fragt, ob jetzt jemand fehlt und ob das damit zusammenhängt. Herr Quasdorf sagt, dass er darauf keine Antwort geben kann. Er sei kein Arzt und könne daher keine Zusammenhänge feststellen.

Herr Eberlein wiederholt seine Frage an die Verwaltung, wann die Ausschreibung für den Kinderarzt im Land Berlin getätigt wird. Er erwartet spätestens am 06.10.2020 eine Antwort.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Rohde fragt, wie der Sachstand Ausschreibung Schrobsdorffhaus ist. Herr Quasdorf sagt, dass Herr Ludwig kürzlich darauf geantwortet hat. Er kann derzeit keine Antwort geben. Herr Rohde bittet um schriftliche Info von Herrn Ludwig an den Ortsbeirat.

4. Beschlussvorlagen

B 22/10/20 Ergänzungssatzung „Pätzer Friedensstraße“ gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB – Abwägungs- und Satzungsbeschluss

Die Beschlussvorlage wird einstimmig in die Gemeindevertretung weitergereicht.

B 23/10/20 Einleitung des Planverfahrens für eine Außenbereichssatzung gemäß § 35 (6) BauGB „Karl-Marx-Straße“

Auf mehrere Anfragen teilt Herr Quasdorf mit, dass auf die Fläche bezogen die gesamte Karl-Marx-Straße mit eingeplant werden sollte, da es sich um eine Mischung von Wochenend-, Wohnhäusern u. ä. handelt. Zusammen mit den Beteiligten und dem Planungsbüro sollte die Satzung über dem gesamten Gelände erstellt werden. Landschaftsschutz wird dabei mitberücksichtigt. Man ist seit 10 Jahren dabei, eine Begehrbarkeit des Uferbereichs herzustellen. Der Streifen ist und bleibt von der Bebauung freigehalten. Der gesamte Strand soll im Rahmen des Sportstättenkonzepts beplant werden. Verpächter sind teilweise die Forst und teilweise die Gemeinde. Wir werden hier nicht mit Klagen rechnen müssen. Die Gesamtkosten von ca. 20.000 Euro werden anteilig durch die Anzahl der Beteiligten getragen. Es handelt sich um 7 Beteiligte. Der dadurch erhöhte Mehrwert kommt den Eigentümern und der Gemeinde zugute. Das Bauamt Königs Wusterhausen hatte den Vorschlag einer Satzung unterbreitet, da mehrere Anträge gestellt wurden und die Kreisverwaltung sei auch mit involviert.

Herr Eberlein äußert abschließend seine rechtlichen Bedenken und hat Sorge, dass mit Klageverfahren zu rechnen ist. Die Satzung muss beim letzten Haus enden. Daher wird er den Antrag ablehnen müssen.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimmen
1 Stimmenenthaltung

Die Beschlussvorlage wird in die Gemeindevertretung weitergereicht.

B 24/10/20 Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Innenentwicklung „Wohnen Neue Straße 11“

Abstimmungsergebnis: / Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
/ Stimmenenthaltung

Die Beschlussvorlage wird mit negativem Votum in die Gemeindevertretung weitergereicht.

B 25/10/20 Neugestaltung des Öffentlich-rechtlichen Vertrages nach § 12 Kindertagesstättengesetz (KitaG) des Landes Brandenburg

Die Beschlussvorlage wird einstimmig in die Gemeindevertretung weitergereicht.

5. Anträge der Fraktionen

Die Anträge werden der Niederschrift beigelegt.

Fraktion WIR! Antrag auf Änderung der Richtlinie zur Regional- und Kulturförderung in der Gemeinde Bestensee

Herr Eberlein verliest den Antrag. Sollte der Antrag kein positives Votum des Hauptausschusses erhalten, würde er gern den Antrag nach der Abstimmung umformulieren, die Punkte 1.3. und 1.4. streichen und den Antrag erneut zur Abstimmung bringen.

Der GSA hat den Antrag mit 1 Ja und 3 Nein-Stimmen bewertet. Seitens der Fraktion der UBBP wurde ein Änderungsantrag eingereicht, dass man nur die Frist bis 31.10. in der Richtlinie verlängert.

Abstimmungsergebnis zum vorgelegten Antrag der WIR!-Fraktion:	2 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen / Stimmenthaltung
--	---

Damit ist der Antrag abgelehnt und geht in die Gemeindevertretung, die Fraktion hat somit Gelegenheit, diesen nochmal zu überarbeiten.

Fraktion WIR! Errichtung eines Aktivparks Paul-Gerhardt-Str. Ecke Bachstraße s.g. „Dreiecksfläche“

Herr Eberlein informiert, dass der ursprüngliche Antrag nochmal geändert wurde. Im Finanzausschuss wurden diverse Verbesserungsvorschläge bzw. Bedenken geäußert (z.B. UBBP hatte geäußert, sie habe Sorge, dass wir uns die Fläche zubauen und später keine weiterführende Schule bzw. andere Kitaeinrichtung dort plaziert werden könnte).

Die Verwaltung hat den Antrag zur Kenntnis genommen und im Ausschuss gab es keine Fraktion die sich grundsätzlich negativ zum Spielplatz geäußert hat, so Herr Quasdorf. Es wurde ein Negativvotum abgegeben, bedingt durch die Tatsache, dass überhaupt keine Unterlagen vorliegen. Natürlich gibt es Sinn, dass wir über die Art und Weise und Beschaffung eines solchen Spielplatzes beraten, jedoch ergibt es keinen Sinn, den Auftrag der Verwaltung aufzuerlegen. Das funktioniert so nicht. Zusätzlich habe er informiert, dass gerade ein Auftrag für die Installation eines Spielplatzes an der Schule vergeben wurde. In Abstimmung mit der Schulleitung wird dieser Spielplatz öffentlich sein. Dieser wird außerhalb der Schulzeit und an Wochenenden nutzbar sein.

Herr Dr. Weißlau ist der Meinung, dass dieser Antrag in den Ortsentwicklungsausschuss gehört.

Herr Eberlein teilt mit, dass der Antrag im Ortsentwicklungsausschuss am 16.10.2020 auf der TO steht.

Frau von der Lippe führt aus, problematisch ist hier die Summe von 250 T€, diese sollte man im Antrag herausnehmen. Wir lehnen die Förderung des ALV mit 15 T€ ab und hier sollen 250 T€ ausgegeben werden für eine Sache die nicht unbedingt notwendig ist.

Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen in die GV eingereicht.

Fraktion CDU Zubereitung des Mittagessens in der Mensa für die Kinder in den Kindertagesstätten in Bestensee und Pätz und für die Schulen in der Grundschule Bestensee

Der Antrag wird von Herrn Dr. Weißlau verlesen.

Die Verwaltung nimmt den Auftrag dankend an, sagt Herr Quasdorf. Wir werden uns nach bestem Wissen darum bemühen, die Mehrheit der Anfragen von den Eltern zu berücksichtigen, diese zu erfassen und im Ausschuss zu präsentieren. Dann muss die Gemeindevertretung eine Entscheidung treffen.

Herr Eberlein informiert, dass dieser Antrag als Tischvorlage auch im GSA besprochen wurde. Hierzu gab es ein positives Votum der Ausschussmitglieder.

Der Antrag wird einstimmig in die GV eingereicht.

6. Sonstiges

Frau Rubenbauer führt aus, der Bürgermeister habe sie gebeten, nochmals die Verfahrensweise zu den Niederschriften zu überprüfen. Für eine nochmalige Abhörung der Tonaufnahme steht nicht ausreichend Zeit zur Verfügung. Es geht hier um die Einwände einzelner Gemeindevertreter zu den Niederschriften, welche sich nicht ausreichend mit ihren Äußerungen in den Niederschriften wiederfinden. Sie möchte nochmal darauf hinweisen, es sind Festlegungsniederschriften und es soll nur der Kern der Sache aufgenommen werden. Wir haben daher nur eine Lösung, Gemeindevertreter, die ihren Wortlaut im Protokoll aufgenommen haben möchten, müssen dies vor ihrem Redebeitrag ansagen. Sie möchte dann aber nicht wieder den Vorwurf hören, dass die Sitzungen immer länger werden. Wenn jeder seinen Beitrag wortwörtlich im Protokoll haben möchte, schaffen wir die Sitzungen nicht bis 22.00 Uhr. Daher werden alle Gemeindevertreter eindringlich gebeten, sich zu überlegen, wie wir mit den Niederschriften umgehen.

Herr Eberlein äußert, die Geschäftsordnung sagt aus, wer das Protokoll beanstandet, kann einen Antrag auf Änderung stellen und dann wird darüber abgestimmt und dann wird das Protokoll geändert.

Herr Quasdorf sagt, wir haben uns in der Gemeindevertretung dazu verständigt, wenn jemand Änderungen zu Protokollen hat, kann er seinen Änderungsvorschlag einreichen und dann wird dieser dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Weiterhin wurde sie darum gebeten, so Frau Rubenbauer, nochmals die Gemeindevertreter darauf hinzuweisen, dass alle Anfragen nicht an die Amtsleiter, sondern an die Mailadresse anfrage@bestensee.de zu senden sind.

Frau Rubenbauer erhielt vom Bürgermeister die Anfrage, ob sie mit den Fraktionen über die Problematik Niederlassung des Arztes Dr. Rieder (benötigt 3 Kitaplätze und möchte die Garantie der Verwaltung) schon beraten hat. Sie antwortete ihm, es kann nicht die Sache der Gemeindevertretung sein, Kitaplätze zu vergeben. Das ist alleinige Aufgabe der Verwaltung, aber der Bürgermeister möchte die Fraktionen bei seiner Entscheidung mitnehmen, ob man dem Arzt, der sich hier niederlassen möchte, 3 Kitaplätze garantiert.

Daher bittet sie die Fraktionen, diese Problematik in den Fraktionssitzungen zu beraten und gegebenenfalls in der GV eine Entscheidung zu treffen.

Herr Eberlein fragt die Verwaltung, ob es rechtlich überhaupt zulässig ist, wenn die Gemeindevertretung darüber entscheidet den Arzt zu bevorzugen und, ob das die Verwaltung geprüft hat.

Dazu sagt Herr Quasdorf, die Gemeindevertretung soll das nicht entscheiden, sondern er möchte die GV bitten, sich hinter die Entscheidung der Verwaltung zu stellen, das muss er nicht rechtlich prüfen. Aber wenn er von vornherein weiß, dass die Gemeindevertretung nicht mehrheitlich dahintersteht, handelt er nach Verwaltungsvorschrift.

Frau von der Lippe informiert, dass der Kreistag einen Beschluss zur Verlängerung des RB 22 nach Lübben gefasst hat. Hier ist der Wunsch an die Landesebene herangetragen worden, diese Verlängerung vorzunehmen. Bei Interesse kann dieser Beschluss (Link) zur Verfügung gestellt werden.

Die öffentliche Sitzung wird um 20.57 Uhr beendet.



Dr. Weißlau
Vorsitzender des Hauptausschusses